

Pakistanische Presse unter Druck

Die innen- und außenpolitisch in schwierigem Fahrwasser lavierende Regierung unter Premierminister Nawaz Sharif scheint in ihrem politischen Stil zunehmend autoritärere Züge anzunehmen. Nach einer sichtbaren Militarisierung des öffentlichen Lebens im vergangenen Jahr, der Wiedereinführung der Todesstrafe im letzten November und der brutalen Niederschlagung des Protestmarsches der Opposition scheint jetzt die Pressefreiheit in Gefahr zu sein. Dies jedenfalls ist die Essenz des nachfolgend in einer Übersetzung dokumentierten jüngsten Leitartikels der einzigen englischsprachigen Wochenzeitung Pakistans, 'The Friday Times' (TFT), der wie ein Notruf klingt. Die bissige und flott aufgemachte TFT, wie sie auch kurz genannt wird, genießt den Ruf eines gut recherchierten Blattes, das bedeutenden Einfluß auf die von der gebildeten Oberschicht dominierte öffentliche Meinung besitzt. Politisch unterstützt die linksliberale und prowestliche 'Friday Times' den Kurs von Oppositionsführerin Benazir Bhutto und ihrer PPP. Auch wenn die in dem Artikel aufgezählten Beispiele für Eingriffe des Staates in die Pressefreiheit in einigen Fällen kaum belegbar scheinen, muß der Appell ernst genommen werden. Ich bin davon überzeugt, daß es sich nicht um billige Propaganda handelt, da ich zumindest die unten erwähnte Polizeiattacke auf Ghani Jafar und die Schikanen gegenüber Maleeha Lodhi, der vielleicht prominentesten Journalistin Pakistans, bestätigen kann. Befreundete Journalisten berichteten mir bei meinem letzten Aufenthalt in Pakistan im September und Oktober vergangenen Jahres ebenfalls, daß sie durch Drohbriefe, Telefonterror und "Hausbesuche" von Geheimdienstlern unter Druck gesetzt werden. Besonders niederträchtig sind stundenlange Verhöre von zu Hause gebliebenen nahen Familienangehörigen von Journalisten in deren berufsbedingter Abwesenheit. Die Schergen des Geheimdienstes sollen dabei wiederholt Ehefrauen, Schwestern oder Töchter von Journalisten vergewaltigt haben. (Jorge Scholz)

Majid Nizami, Präsident der 'All Pakistan Newspapers Society', hat recht: Die Presse geht schweren Zeiten entgegen. Nawaz Sharif's Regierung ist in einer gefährlichen Stimmung. Sie hat sich offenbar vorgenommen, den Journalisten in Sachen "Patriotismus" eine Lektion zu erteilen, insbesondere was deren angebliche "patriotische" Pflicht angeht, sie auch in den nächsten, mindestens zehn Regierungsjahren zu unterstützen. Als der Abgeordnete Altaf Hussain vor einigen Monaten vor dem Parlament behauptete, daß zwielichtige Handlanger Sharif's eine "Schwarze Liste" mißliebiger Journalisten angelegt hätten, wurde er von allen verspottet. Wir haben damals geglaubt, daß diese Idee absurd sei, weil Sharif niemals etwas so Unverantwortliches tun würde. Inzwischen stellt sich heraus, daß wir uns alle getäuscht haben. Die von Altaf Hussain genannte Liste ist nur die Spitze eines Eisbergs: Ghulam Hussain, Herausgeber von 'Facts International' und 'Siyasi Log' wurde zweimal verhaftet, um ihn dazu zu zwingen, seine Zeitungen einzustellen. Abbas Athar ('Nawa i Waqt') und Aasir Ajmal ('The Muslim') erhielten nach eigenen Aussagen Morddrohungen. Hamid Mir vom 'Jang' wurde von unbekannten Gangstern überfallen. Nusrat Javed, früher 'The Nation' und zur Zeit 'The News', wurde wiederholt vergewaltigt. Jawad Nazir ('The News') wurde gedroht, daß ihm entweder ein Ventilator den Kopf abtrennen oder ihn ein LKW überfahren werde. Azhar Sohail ('Jang') fürchtet um sein Leben. Das Haus von Shaheen Sehbai ('Dawn')

wurde ausgeraubt und seine Söhne mißhandelt. Javed Haider ('Musawaat') wurde zu einer Polizeistation gebracht, wo man ihn beschuldigte, ein Terrorist zu sein. Athar Masood, Herausgeber des 'Jang', wurde von unbekanntem Motorradfahrern verfolgt, in seinem Haus wurde eingebrochen und Geheimdienstmitarbeiter bedrohten seinen Vater. Ghani Jafar, Chefredakteur des 'Muslim', wurde von der Polizei zusammengeschlagen und ins Krankenhaus eingeliefert. Mariana Babar, 'The News', wurde von der Polizei mißhandelt und hat bei Gericht Strafanzeige erstattet. Maleeha Lodhi, Herausgeberin der 'News', erhielt Drohanrufe und Drohbriefe. Sie sah sich gezwungen, Präsident Ishaq Khan von ihren "Schwierigkeiten" in Kenntnis zu setzen. Erst vor kurzem wurde ihr Volksverhetzung vorgeworfen, weil sie der Veröffentlichung eines umstrittenen Gedichtes zugestimmt hatte. Gegen zahllose Journalisten in der Provinz Sindh sind Strafverfahren eingeleitet worden.

Auch wir von 'The Friday Times' haben unsere Schwierigkeiten. 1991 drohte die Provinzregierung des Punjab, gegen uns Maßnahmen zu ergreifen. Unsere Drucker wurden ständig belästigt. Anfang des Jahres wurden wir dann vom Geheimdienst aufgefordert, Nawaz Sharif und andere in Ruhe zu lassen. Nach einer Serie widerwärtiger Drohanrufe stattete uns eine Schlägerbande einen überraschenden Besuch ab. Nach einer Beschwerde beim Präsidenten ließ der Druck nach; wie es aussieht, aber nur vorübergehend. Jetzt verfolgt die Regie-

rung eine andere Strategie, um die Presse einzuschüchtern. Auf Geheiß Islamabad's gräbt das Finanzamt in den Akten, um gegen die Eigentümer von Zeitungen und Zeitschriften belastendes Material zu sammeln. Zum Beispiel im Fall der 'Jang/ News-Gruppe': Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung die 'Jang-Gruppe' beschuldigt hat, Papier zu "schmuggeln". Das Zeitungspapierlager wurde beschlagnahmt. Der weitere Import von Zeitungspapier ist unmöglich, da für diesen Zweck vorgesehene Bankkonten gesperrt wurden. Da sie nur noch eine tägliche Papierzuteilung erhält, kann der Verlag seine Publikationen nur so lange herausgeben, wie er sich entsprechend verhält.

Ein anderes Beispiel ist die Art und Weise, in der Islamabad der 'Friday Times' einen Maulkorb zu verpassen versucht. Allein in den letzten 14 Tagen haben die Steuerbehörden gegen uns drei an den Haaren herbeigezogene Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet; weitere sind geplant. Die Regierung fordert mehrere Millionen Rupien (16 Rupien = 1 DM; d.Red.). Auch unsere Setzer und Drucker werden von den Steuerbehörden schwer bedrängt. Es mag verfrüht sein, sich mit den Details solcher Belästigungen zu befassen, da wir hoffen, daß Islamabad den Unsinn dieser Politik erkennt und seine 'Hunde' zurückpfeift. Wenn dies allerdings nicht geschieht, wird die 'Friday Times' eine klare Position beziehen. Wir haben kein Wirtschaftsimperium zu verteidigen. Wir sind eine kleine Zeitung, die verbissen um ihre Unabhängigkeit kämpfen wird.

Wir werden nicht schweigen und wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir haben nichts zu verbergen oder zu fürchten. Weder vor den Steuerbehörden, noch vor der Polizei noch vor den Geheimdiensten. Und wir werden unseren Fall vor allen Gremien schildern, (...) auch vor dem Obersten Gerichtshof und der höchsten Instanz im Land - der Öffentlichkeit. Wir werden Namen nennen, Dokumente veröffentlichen und die internationale Presse und Menschen-

rechtsorganisationen in der ganzen Welt einschalten. Wenn wir als David gegen Goliath antreten müssen, so soll es halt so sein. Wenn Islamabad entschlossen ist, die 'Friday Times' zu einem berühmten Streitfall zu machen, sind wir bereit, den Fehdehandschuh aufzunehmen. Deshalb fordern wir den Premierminister auf, die Schlägerkommandos zurückzurufen, bevor sich noch mehr Verbitterung ansammelt. Regierungen kommen und gehen, aber die Presse ist

dazu bestimmt, den Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung voranzutreiben. Menschenrechte und Pressefreiheit sind universale Werte. Dies sind Eckpfeiler zivilisierter Nationen. Nawaz Sharif kann diese Werte nicht ungestraft verspotten und hoffen, der weitverbreiteten Kritik zu entkommen. Jedenfalls lehrt das Naturgesetz, daß Ungerechtigkeit eine Weile anhalten kann; aber auf die Dauer hat Tyrannei keine Chance. (Übersetzung von Jorge Scholz)

Interview:

mit Benazir Bhutto

Ihre Entscheidung, einen "Langen Marsch" der Opposition auf Islamabad zu starten, hat die meisten Beobachter überrascht. Was wollen sie mit Ihrer Protestaktion erreichen?

Wir haben bereits vor zwei Jahren versucht, die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Ziel war es, das Regime zu Demokratie in Pakistan, zur Respektierung fundamentaler Rechte und zur Beendigung der Diskriminierungspolitik zu zwingen. Leider ist es uns nicht gelungen, über die Mobilisierung der Massen genügend Druck auf das Regime auszuüben, um es zu einem entsprechenden Reformkurs zu bewegen oder die innenpolitische und internationale Aufmerksamkeit auf die in Pakistan schwelende Krise zu lenken. Mit dem Aufruf zu unserem Protestmarsch hofften wir doch noch darauf, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu gewinnen. Wir stießen mit unserem Aufruf innerhalb unserer Partei und bei den Teilnehmern unserer Kundgebungen auf ein enthusiastisches Echo, was uns auf breite Unterstützung durch die Bevölkerung hoffen ließ.

Unklar blieb, ob das Regime uns in Islamabad dulden würde oder nicht. Wir gingen jedoch davon aus, daß wir in jedem Fall nur gewinnen können: Ein Verbot beweist, daß wir nicht in einer Demokratie leben und es keine Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt. Eine Genehmigung dagegen führt zu einer gewaltigen Massendemonstration in der Hauptstadt, die zeigt, daß Premierminister Nawaz Sharif nicht das Vertrauen des pakistanischen Volkes besitzt und sein politischer Kurs abgelehnt wird.

Es gab große Spekulationen um den Zeitpunkt Ihres Aufrufs. Ist etwas Wahres an dem kursierenden Gerücht, daß Sie aufgrund von Signalen von oben gehandelt haben?

Das Regime reagierte völlig konfus. Zunächst wurde behauptet, daß unsere Aktion völlig überraschend kam und vom Ausgang der amerikanischen Wahlen inspiriert worden sei. Tatsächlich haben wir den "Langen Marsch" bereits im Januar 1992 angekündigt. Das Regime hatte also fast ein Jahr Zeit, um sich auf den geplanten Protestmarsch vorzubereiten.

Die zweite Behauptung lautet, daß es einen Wink von Präsident Ghulam Ishaq Khan gegeben habe. Im Januar 1992 jedoch standen sich Präsident und Opposition unversöhnlich gegenüber, weshalb dieser wohl kaum etwas mit unserem Protestmarschauftritt zu tun haben kann.

Drittens wurde behauptet, daß die Armee dahintersteckt. Aber General Asif Nawaz hatte gerade erst sein Amt als Stabschef angetreten, und kann ebenfalls nichts damit zu tun haben. Hinter dem Aufruf steht das pakistanische Volk. Das Prinzip unserer Partei lautet, daß alle Macht dem Volk gehört. Und weil wir daran glauben, wollen wir die Macht des Volkes in der Schicksalskalkulation der Nation zu einem Faktor machen.

In der Partei war man sich darin einig, daß die Regierung seit dem Aufruf im Januar nicht in angemessener Weise reagiert. Die Welt

hat Pakistan vergessen, seitdem hier drakonische Gesetze verabschiedet werden. Angesichts der sogenannten Blasphemie-Gesetze (Blasphemie = Gotteslästerung; d.Red.), des Haushaltsdefizits, der Verschwendung öffentlicher Mittel und der Versuche, den Minderheiten Bürgerrechte zu entziehen (siehe auch 'Südasiens', 8/92, d.Red.), können wir nicht länger zu einem Regime schweigen, das glaubt, daß Politik ausschließlich in der Zeitung stattfindet.

Waren Sie auf einen solchen schwerbewaffneten Schlag vorbereitet, zu dem die Regierung dann im November ausholte?

Einige Leute sagen, daß das Regime überreagierte. Ich teile diese Ansicht nicht. Meiner Meinung nach wußte das Regime, daß eine Demonstration Hunderttausender vor dem Parlament in Islamabad ein klarer Beweis dafür sein würde, daß das Regime das moralische Recht zu regieren verloren hat. Deshalb ging das Regime zu Massenverhaftungen über und verbarrikadierte Islamabad.

Für eine Überreaktion halte ich jedoch das barbarische und brutale Vorgehen. Als sie begannen, die Leute auf den Straßen auch vor laufenden Kameras brutal zusammenzuschlagen, haben sie allerdings den Einfluß moderner Medien unterschätzt. Diese Brutalität in der Öffentlichkeit hat Nawaz Sharif und Pakistan einen schlechten Namen eingetragen.

Die Regierung behauptet, daß Sie das Parlament belagern wollten ...

Wir planten ein Sit-in, aber keineswegs eine Belagerung. Den Belagerungszustand hat die Regierung selbst herbeigeführt. Das Errichten von Barrikaden, das Aufreißen von Brücken und Straßen und die Beeinträchtigung des Schienen- und Luftverkehrs beweist nicht nur, daß in Pakistan ein autoritäres Regime an der Macht ist, sondern auch, daß die Regierungsmaschinerie zusammengebrochen ist und nicht in Übereinstimmung mit der Verfassung arbeiten kann. Ich bin davon überzeugt, daß das Kabinett uns das Sit-in erlauben wollte. Zwei Minister - der Innenminister und der Handelsminister - gaben entsprechende öffentliche Erklärungen ab. Aber diese Intrige diente nur dazu, gegen das pakistanische Volk Krieg zu führen und die Verfassung durch die Verweigerung des Versammlungsrechtes zu unterlaufen. Mit dem Durchbrechen der Barrikaden haben wir gezeigt, daß das Land nicht regiert werden kann, wenn es keinen Konsens gibt, und daß man die Ursachen von Not und Elend nicht mit Verhaftungen und Barrikaden bekämpfen kann.

Solange für die politische Krise in Pakistan keine dauerhafte Lösung gefunden wird, kann es keine politische Stabilität geben. Nawaz Sharif ist nicht in der Lage, Pakistan diese erforderliche politische Stabilität zu verleihen. Dies kann nur eine Regierung, die das Mandat der Bevölkerung besitzt. In dem Bemühen, sich Gehör zu verschaffen und die breite Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu demonstrieren, sind meiner Meinung nach sogar